

Atem des Staatsmanns“. Auch im Innern häufen sich die Schwierigkeiten für Jospin: Die Arbeitslosigkeit, die seit seinem Regierungsantritt 1997 stetig zurückging, steigt wieder. Die Wirtschaft wächst dieses Jahr um höchstens 2,1 Prozent, deutlich weniger als im Haushaltsplan vorgesehen. Auf der Insel Korsika reißen die Gewalttaten nicht ab – Jospin hatte sich mit umstrittenen Zugeständnissen an die korsischen Nationalisten als Friedensstifter profilieren wollen. Zudem zerfällt auch noch die „plurale Linke“, jene Regierungskoalition aus Sozialisten, Grünen, Kommunisten und radikalen Republikanern, die Jospin unbedingt zusammenhalten muss, um Chirac zu schlagen. Der bei seinen öffentlichen Auftritten meist kalt und distanziert wirkende Premier weiß, dass er das Gesetz der Serie gegen sich hat: In den letzten 20 Jahren haben die Franzosen noch jede Regierung abgewählt.

sich die Investition bisher kaum ausgezahlt. Das zumindest geht aus einem von Shell in Auftrag gegebenen Bericht hervor, der das Entwicklungssponsoring des Konzerns unter die Lupe nahm. Demnach kann nur jede dritte der geförderten Maßnahmen als echter Erfolg gewertet werden. So scheiterte die Elektrifizierung eines Dorfs an der mangelnden Leistungsstärke des installierten Trafos. Wasserpumpen versagten nach wenigen Wochen. Schulgebäude wurden errichtet, aber nicht ausgestattet. Für den öffentlichen Nahverkehr gedachte Minibusse kommen nicht zum Einsatz. Und ein im vergangenen Jahr erbautes Krankenhaus wurde nie eröffnet. Der bei großen Teilen der Bevölkerung verhasste Konzern hatte 1997 zur Schadensbegrenzung ein Team erfahrener Entwicklungsmanager eingekauft. Doch auch der Versuch, sich umweltbewusst und sozial engagiert zu geben, konnte ihn bisher nicht vor Sabotageakten retten. Deshalb werden mit den Projektgeldern auch schon mal militante Gruppen befriedet. Das Delta sei eine schwierige Region, rechtfertigen die Verantwortlichen ihre mangelnde Erfolgsbilanz. Nur wenige Hilfsorganisationen würden sich einer solchen Herausforderung überhaupt stellen.

*Feuer nach Pipeline-Bruch im Nigerdelta*



GEORGE ESIRI / REUTERS

## BRASILIEN

### Rente im Dschungel

Eine Studie im Auftrag des Sozialministeriums belegt, wie sehr die Ureinwohner von den Segnungen des Sozialstaats profitieren können: Bei den Sateré-Maué am Amazonas ist die Rente für die Ältesten mittlerweile Haupterwerbsquelle. Für die rund 6000 Stammesangehörigen, die in 39 Siedlungen verstreut entlang dem Fluss wohnen, bedeuten die 120 Mark ihrer Pensionäre weit mehr, als sie etwa aus dem Anbau von Maniok erzielen könnten, und seit den Probesprengungen des Erdölkonzerns TotalFinaElf geben die Jagdreviere kaum mehr etwas her. Eine wesentliche Statusaufwertung sei das für die Alten, so der Anthropologe Gabriel Alvarez: „Sie geben nicht nur die Traditionen weiter, sondern können nun auch die

wichtigsten Riten finanzieren.“ Der Nachteil bisher: Sie müssen, teilweise über 90 Jahre alt, mehrtägige Reisen im Einbaum zur Auszahlungsstelle unternehmen. Deshalb sind es bisher nur fünf Prozent der Indios, die Rente, aber auch Mutterschafts- und Krankengeld in Anspruch nehmen, gegenüber elf Prozent im nationalen Durchschnitt. Das soll sich nun ändern – mit schwimmenden Sozialbehörden, die einmal im Monat die Flussarme entlangfahren.



MIKE GOLDWATER / NETWORK / AGENTUR FOCUS

*Indios am Amazonas*



*Politikerin Khaleda (Wahlplakat)*

PAVEL RAHMAN / AP

## BANGLADESCH

### „Liberal und tolerant“

Die Krise um die afghanischen Taliban stärkt offenbar islamische Tendenzen in Südasien: Vergangenen Montag errang die Oppositionsführerin Khaleda Zia, 56, bei den Parlamentswahlen in Bangladesch einen deutlichen Sieg. Khaleda, Chefin der konservativen Nationalpartei, will ein Vier-Parteien-Bündnis schließen, unter anderem mit der religiösen Jamaat-i-Islami, die 16 Parlamentssitze in die Polit-Ehe einbringt. Einen Rechtsruck, beteuerten die Koalitionäre sogleich beflissen, bedeute die Abwahl der bisherigen Minis-

terpräsidentin Scheich Hasina Wajed, 54, aber keineswegs. Als „liberal und tolerant“ bezeichnet Ali Ahsan Mohammad Mujahed, 54, Generalsekretär der Jamaat-i-Islami, den Staat Bangladesch, der „kein Platz für Terrorismus“ sei. Seinen 140 Millionen Einwohnern verspricht er „Wohlfahrtsprogramme“ sowie Recht, Ordnung und Bildung. Hasina verlor die Wahlen, obwohl sie auf ein Wirtschaftswachstum von zuletzt 5,9 Prozent verweisen konnte. Deshalb gilt das Ergebnis als Sympathiebekundung der zu 83 Prozent muslimischen Bevölkerung für die weltweit ins Visier geratenen Glaubensbrüder. Mujahed dementiert denn auch eilig jedwede Verbindung zur radikalen pakistanischen Schwesterpartei, die ebenfalls Jamaat-i-Islami heißt, um nicht in



*Mujahed*

PAVEL RAHMAN

die Nähe von Hardlinern gerückt zu werden: Es gebe „keine Kontakte“, genauso wie die neue Regierung „keine besonderen Beziehungen zu Pakistan“ pflegen werde. Was dort zurzeit geschehe, „ist nicht unsere Angelegenheit“. Indische Vorwürfe, Bangladesch beherberge in der Hauptstadt Dhaka Separatisten, die in Nordostindien für Unruhe sorgten, wehrt Mujahed vorsorglich ab – mit spitzem Unterton: „Wir wollen gute Nachbarn und Freunde sein“, die sich „nicht in die Angelegenheiten anderer einmischen“.